



































Positionierung des Sozialen Netz Bayern:



Bayern ist gefordert dem Rechtsruck entgegenzutreten. Es gilt, Zukunftschancen zu eröffnen und den Zusammenhalt zu stärken.

Seit geraumer Zeit nimmt der gesellschaftliche Zusammenhalt spürbar ab. Antidemokratische, rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen nehmen zu. Neben Konfliktlinien ob der gesellschaftlichen Modernisierung, z. B. im Bereich der Familien-, der Umwelt- oder der Migrationspolitik, sind es vor allem verschärfte Verteilungsauseinandersetzungen, die aus Sicht des SNB hierzu beitragen. Auch Statusängste und empfundene persönliche Zurücksetzung sind wichtige Treiber für den Rechtsruck. Dieser kann gestoppt werden.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann die wachsende Armut bekämpfen. Bayern kann Familien mit Kindern und pflegende Angehörige sowie chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung besser unterstützen. Bayern kann bessere Bildung organisieren. Bayern kann mehr tun für krisenfeste Arbeitsplätze, für mehr Zukunftsinvestitionen, für eine gerecht gestaltete und mitbestimmte Transformation. Bayern kann mit einer klaren Positionierung gegen rechtsextreme, menschen- und demokratiefeindliche Strömungen und für eine vielfältige und offene Gesellschaft sowie mit einer aktiven Sozialpolitik dem Rechtsruck entgegentreten, Zukunftschancen organisieren und damit den demokratischen und sozialen Zusammenhalt stärken.



Das SNB fordert: Den Sozialstaat ausbauen – Armut reduzieren

Gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine gute Daseinsvorsorge sind die Mittel der Wahl gegen die soziale Spaltung. Auch im vermeintlich reichen Bayern gibt es vielfältige Armutslagen. Armut bedeutet mangelnde soziale Teilhabe, eine gefährdete Gesundheit und schlechtere Bildungschancen. Armut großer Bevölkerungsgruppen beschleunigt die soziale Spaltung und gefährdet letztlich unsere Demokratie. Denn wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen, dann verlieren sie das Vertrauen in das politische System. Teil dieses Problemkomplexes ist auch die anhaltend hohe prekäre Beschäftigung mit Niedriglöhnen in Bayern, die zu unsicheren Perspektiven führt.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann Armutslagen überwinden. Indem es prekäre Beschäftigung zurückdrängt und gute Arbeit fördert. Ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz wäre hier ein erster guter Einstieg. Bayern kann mehr Sicherheit und Zusammenhalt schaffen, indem es soziale Leistungen niedrigschwelliger gestaltet und Beratung ausweitet. Viel zu viele Menschen in Bayern kennen ihre sozialrechtlichen Ansprüche, ob Wohn- oder Bürgergeld, gar nicht. Bayern kann den sozialen Wohnungsbau massiv ausweiten. Wohnen zu erträglichen Kosten ist vielerorts in Bayern nicht nur ein soziales Problem, sondern auch eine mitentscheidende Bremse bei der Gewinnung von Fachkräften.



Das SNB fordert: Bessere Rahmenbedingungen für Bildung und Erziehung

Qualitativ hochwertige Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote in jedem Alter, die flächendeckend und unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation der Eltern zugänglich sind, bilden nicht nur die Basis für eine bestmögliche Förderung aller Kinder und junger Menschen, für Inklusion, Integration und soziale Durchlässigkeit. Sie sind auch Garant für die eigenständige und selbstbestimmte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben – dem wichtigsten Hebel in Bayern, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Um eine ganzheitliche Bildungsteilhabe anzustoßen, muss auch die Familien- und Erwachsenenbildung weiter gestärkt werden.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann die Familien- und Erwachsenenbildung ausbauen und finanziell stärken. Bildungszugänge können verbessert werden. Bayern kann mehr in Qualitätssicherung und Platzausbau im Rahmen der frühkindlichen Bildung investieren und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung schneller umsetzen. Bildung ist ein Menschenrecht. Auch das "System Schule" muss nachhaltig und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch, der Demokratiebildung erheblich mehr Bedeutung zu verleihen.

Über alle Schularten hinweg bedarf es hierzu einer Investitionsoffensive, in Gebäude, Ausstattung und Köpfe. Bayern kann durch die Einführung eines Bildungszeitgesetzes einen Beitrag leisten, den vielen tausenden an Ehrenamtlichen für ihre verantwortungsvollen Aufgaben einen Rahmen zu bieten, sich weiterzuqualifizieren. Bayernweite Angebote der Demokratiebildung sind notwendig und vom Freistaat zu unterstützen.



Das SNB fordert: Pflege stärken und Barrieren abbauen

Die Pflege ist und bleibt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Insgesamt gibt es in Bayern etwa 600.000 Pflegebedürftige, von denen 81 Prozent zu Hause versorgt werden. Um sie kümmern sich mehr als 900.000 Angehörige, die häufig finanziell und gesundheitlich an ihre Grenzen gehen. Das SNB sieht die Politik in der Pflicht, für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege in ganz Bayern zu sorgen – vor allem die kommunale Pflegeinfrastruktur muss ausgebaut werden. Das SNB mahnt einen deutlich schnelleren barrierefreien Ausbau in allen Bereichen in ganz Bayern an. Barrierefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft teilhaben können. Doch auch ältere Menschen oder Familien mit Kindern profitieren davon stark.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann gute Unterstützungs- und Pflegeangebote flächendeckend organisieren. Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen sind hier ebenso in den Blick zu nehmen wie flächendeckende Beratung durch Pflegestützpunkte. Bayern muss seiner Verantwortung nachkommen und die Investitionskosten in den Pflegeheimen übernehmen und somit zur Reduzierung bei den Eigenanteilen beitragen. Eine gute Pflegeinfrastruktur zu schaffen, ist Aufgabe der Staatsregierung im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Barrierefreiheit kann in ganz Bayern in allen Bereichen zum Standard werden, dazu braucht es Förderprogramme sowie ausreichend Finanzmittel durch den Freistaat – auch für die Kommunen. Die Mobilität aller Menschen in Bayern kann nur durch einen ausgebauten, barrierefreien ÖPNV sichergestellt werden. Eine bayerische Fachstelle Barrierefreiheit, die jedoch unabhängig sein muss, kann hier wichtige Impulse liefern.



Das SNB fordert: Den sozial-ökologischen Umbau mitbestimmt gestalten

Klimapolitik und Sozialpolitik können nicht getrennt voneinander gesehen werden, sie müssen miteinander verbunden werden. Der sozial-ökologische Umbau wird nur dann gelingen, wenn die Menschen Vertrauen in staatliche Gestaltungskraft und demokratische Institutionen haben und wenn er von der Bevölkerung mitgetragen und sozial gerecht gestaltet wird. Dies trifft auf die Arbeitswelt ebenso zu wie auf das persönliche Lebensumfeld. Es gilt, diesen Wandel mitbestimmt zu gestalten. Damit Zukunftschancen eröffnet werden und Zusammenhalt unterstützt wird, bedarf es größerer Anstrengungen, die laufenden und bevorstehenden Prozesse gemeinsam mit den Menschen in ihrem beruflichen wie privaten Umfeld zu gestalten.

Bayern ist stark! Das SNB ist überzeugt: Bayern kann Bürgerinnen und Bürger die Ängste vor dem Wandel nehmen und sie einladen zu Beteiligungsformaten wie Bürgerdialogen. Diese Mitbestimmung wird dazu führen, dass sich die Menschen als Gestalterinnen und Gestalter der Zukunft und nicht als Opfer des Wandels sehen. Bayern kann mehr partizipative Formate des Dialogs, der Beteiligung und Mitbestimmung organisieren und die Menschen zu Gewinnern des Wandels machen. Diese, den Zusammenhalt stärkende Elemente, sind angesichts der historischen Herausforderung zu entwickeln, zu stärken sowie finanziell zu hinterlegen.

Bayern kann einkommensschwache Haushalte stärker unterstützen, um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Jegliche Kürzungen im Sozialbereich wären Brandbeschleuniger sozialer Konflikte. Vielmehr bedarf es des Ausbaus und der Sicherstellung der Finanzierung von Beratungsangeboten. Konkrete Programme zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen oder der Sicherstellung von bezahlbarer und verfügbarer Mobilität sind weitere wichtige Bausteine. Diese Maßnahmen tragen zu einer Stärkung des Vertrauens in die Gestaltungskraft einer demokratischen Gesellschaft bei.